

# Arbeiterstimme

Einzelnum. 10 Pfennig  
Bei Bezugsstellen



Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: Der monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark  
(ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle:  
und Redaktion: Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Geschäftsstunden: Dresden Mi. 15.00-18.00  
Stundentunden: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr  
für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreis: Die neuzeit gepaltene Raumverteilung oder deren Raum 0,35 RM, in Sammen-  
ausgaben 1,20 RM für die Restausgabe anschließend an den bezugsfähigen Teil einer Zeitung 1,50 RM.  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Bismarckstraße  
2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Notwendigkeit besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 13. Februar 1930 Nummer 37

## Demonstriert gegen Youngtribut! Heute nach Betriebsschluß marschieren auf gegen den Young-Raubzug an den werktätigen Massen! Stellplätze: 16.30 Uhr Ebertplatz, Fischholzplatz, Dürerplatz, Altenberger Platz, Leisniger Platz, Bischofsplatz, 17.30 Weißeritzstr.

### Solidarität mit den Opelarbeitern

Waffe Hege gegen die streikenden Opelarbeiter / Regierungstrife in Sachsen / Die Arbeiter stehen zur KPD

#### Revolutionärer Streik gegen Maßregelung

Ein Musterbeispiel revolutionären Schutzes der roten Betriebsräte — Polizei befehlt den Betrieb

Frankfurt, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Die streikende 8000köpfige Belegschaft der Opel-Werke ist über das gemeinsame Vorgehen der amerikanischen Direktion, der Polizei und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie aufs äußerste erbittert und hat folgende Forderungen aufgestellt:  
1. Entfernung der Polizei aus dem Betrieb, 2. Freilassung der Verhafteten, 3. Aufhebung aller Maßregelungen, 4. Entlassung des sozialfaschistischen Betriebsratsvorsitzenden, 5. Sofortige Bezahlung der geforderten Lohnerhöhung.  
Es ist ein Symbol des revolutionären Kampfes gegen den Youngplan, daß gerade jetzt, wo der Reichstag, das Schachtparlament, das Diktat des internationalen Kapitals zum Gesetz erheben will, die Arbeiter einer der größten deutschen Betriebe in den Kampf gegen das Dollarkapital eintreten, denn die Opelwerke sind eine der deutschen Hochburgen Morgans. Die Unternehmer selbst kempeln diesen Streik zu einem politischen, indem sie bewaffnete Staatgewalt gegen die streikenden Arbeiter einsetzen. SPD, deutsche Polizei, französische Gendarmerie, sie verbünden sich mit den amerikanischen Finanzhänden gegen die Arbeiterkraft. Die Vorgänge im Opel-Werk, der Schutz roter Betriebsräte durch die Belegschaft, ist ein Warn an die gesamte Arbeiterkraft Deutschlands.  
In dem Betrieb Opel in Rüsselsheim traten Dienstagmittag die Arbeiter im Anschluß an eine im Betrieb abgehaltene Versammlung in den Streik gegen die Maßregelung von drei roten Betriebsräten. Der ganze Betrieb steht zur Zeit still. Die Arbeiter wählten sofort eine Kampfleitung und beschloßen, den Streik solange durchzuführen, bis die Maßregelungen der roten Betriebsräte zurückgenommen sind. Die Direktion der Opelwerke forderte sofort telefonisch polizeilichen Schutz an, und am Nachmittag wurde der Opelbetrieb von 700 Schupos, die man aus Darmstadt herangezogen hatte, besetzt. Ein großes Aufgebot an Gendarmerie und Kriminalpolizei umlagert den Betrieb. Außerhalb des Betriebes wurden der Landtagsabgeordnete Genosse Oskar Müller und die Genossen Bernhard Schmitt und Ben Neuhalt.

Um 8.45 Uhr legten die Arbeiter den gesamten Betrieb still und zogen zu Tausenden zur Versammlung, in der die sofortige Proklamierung des Streiks beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde sofort eine Kampfleitung gewählt. Inzwischen rückte die von der Direktion alarmierte Gendarmerie heran und wollte den Betrieb besetzen. Als die Arbeiter den Betrieb verlassen, kam es zwischen den Gendarmen und den Arbeitern zu Zusammenstößen innerhalb des Betriebes, die der Direktion und der Gendarmerie den Vorwand für die Alarmierung der Schupos aus Darmstadt gaben.  
Die reaktionäre Presse geht in der schärfsten Weise gegen die streikenden Opelarbeiter. Der Dresdener Anzeiger und die Dresdener Nachrichten verbreiten Lügenmeldungen, die folgendermaßen auslauten:  
„Heute normirtung erlitten auf Volkswagen, Rotarädern und zu Fuß etwa 200 auswärtige Kommunisten in den Werken, denen sich etwa 400 kommunistische Arbeiter der Opelwerke angeschlossen. Die Eindringlinge verließen die Dampfkessel und Maschinenanlagen willkürlich. Der gesamte Betriebsrat wurde förmlich bedroht.“  
Durch diese Darstellung soll versucht werden, die gegen die Ausbeutung seitens des amerikanischen Finanzkapitals ankämpfenden Opelarbeiter in ihrem Kampf zu isolieren. Die bürgerliche Presse bemerkt wieder einmal an diesem Beispiel, wie gefährlich sie für die Arbeitermassen ist, da sie mit ihren Lügenmeldungen die Proletarier gegeneinander aufzuhetzen versucht. Sie erklärt ganz einfach, es streikten nur etwa 400 Kommunisten, obgleich in Wirklichkeit der gesamte Betrieb ruht und die Arbeiter geschlossen in dem Kampf stehen. Sehr interessant ist auch dieser Gehirnschmerz gegen die Opelarbeiter insofern, als diese angeblich nationalen Organe sich hier ganz offen als bezahlte Kreaturen des internationalen Finanzkapitals entlarven. Die Dresdener Nachrichten z. B. füllen ihre Spalten mit nationalen Phrasen. Sie verherrlichen den Volksbetrüger Jugenberg und lächeln dabei ihre Beler so blöde ein, daß sie in der Hege gegen die Opelarbeiter folgendes berichten:  
„Der Einbruch der Darmstädter Polizei war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Opelwerke im besetzten Gebiet liegen und erst die Genehmigung der zuständigen Belegschaftsstellen eingeholt werden mußte. Die preußische Polizei sperrte die preußische Grenze in der Richtung Wiesbaden-Frankfurt a. M.“

Hier wird also unter Bericht aus Frankfurt behauptet, daß die Direktion des amerikanischen Unternehmens mit der französischen Belegschaft und der deutschen Polizei Hand in Hand gegen die deutschen Proletarier kämpft. Wir vernachlässigen aber keinen Hauch

#### Die Erwerbslosen müssen helfen!

Die Massenarbeitslosigkeit ist die Folge der kapitalistischen Nationalisierung, die von den sozialfaschistischen Betriebsräten ganz bewußt unterstützt wird. Die Forderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf Herabsetzung der Arbeitszeit auf

7 Stunden täglich und die 40-Stunden-Woche kann nur verwirklicht werden, wenn die sozialfaschistischen Nationalisierungspläne von den Betriebsfunktionen beiseite geworfen werden. Dabei müssen die Erwerbslosen helfen. Die Dresdener Erwerbslosen machten den Anfang vor den Betrieben von Grilling, Anton Reiche und der Interfelle. Die Solidarität der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen muß gefördert werden. In den Stellstellen müssen sich die Erwerbslosen auf die wichtigsten Betriebe verteilen und an allen Aktionen der revolutionären Opposition in den Betrieben teilnehmen. In jeder Betriebsversammlung eine Erwerbslosendelegation, die mit der Belegschaft die Kampfkraften berät. Organisiert durch Demonstrationen und Transparente mit den Forderungen nach Arbeit, Brot, Lohnerhöhung und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, des Kampfbündnis mit den Betriebsarbeitern und führt so die Belegschaft auf über die Notwendigkeit der Wahl von

#### nur roten Betriebsräten!

nationaler Entrüstung dieser bürgerlichen Hehler gegen die Arbeiter, sondern nur eine verzögerte Kommunistendeckung. Die Proletarier werden daraus die Konsequenz ziehen müssen und erkennen, daß die bürgerliche Presse in jedem Falle die Klasseninteressen der Ausbeuter verteidigt.

Der Kampf der Gesamtbetriebsräte bei Opel zur revolutionären Verteidigung und zum Schutz ihrer roten Betriebsräte ist für die gesamte Arbeiterkraft in der gegenwärtigen Situation ein Musterbeispiel für die entscheidende Rhythmus der Angriffe der Unternehmer auf die roten Betriebsräte. Gleichzeitig zeigt dieser Kampf und die Maßregelung der roten Betriebsräte erneut das enge Zusammenarbeiten der Sozialfaschisten mit den Unternehmern. Wenn die Arbeiterkraft überall ihre roten Betriebsräte und Betriebsratsfunktionäre in derselben Weise mit denselben revolutionären Methoden wie die Gesamtbetriebsräte der Opelwerke schützt und verteidigt, dann werden die Pläne der Bourgeoisie und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, der Arbeiterkraft die revolutionäre Führung im Betrieb zu tauchen und damit die revolutionäre Kampffront zu zerbrechen, zunichte werden.

### Nieder mit der Bürger-Regierung!

Die kommunistische Bundtagsfraktion hat bekanntlich einen Mißtrauensantrag gegen die Bürger-Regierung eingebracht, weil sie durch den sozialdemokratischen Geländeten Dr. Grodnowitz ihre Zustimmung zu dem Youngplan im Reichsrat gab. Durch diesen Mißtrauensantrag sind die „nationalen“ Fraktionen, die NSDAP, Deutschnationalen und Landvolks, mächtig in Trud gekommen. Die Nationalsozialisten und ihre anderen nationalen „Freunde“ führten im Reichstag ein demagogisches Theater auf, weil sie genau wissen, daß dort ihre hohen Hoffnungen gegen den Youngplan keinerlei Bedeutung haben. Anders liegen die Dinge in Sachsen, wo die Regierung Bürger gewählt wird von der NSDAP, und wo die Deutschnationalen ihren Vertrauensmann, den Wirtschaftminister Frau von Ribba, in der Regierung sitzen haben. Wie berichteten bereits, daß die Nationalsozialisten einen eigenen Mißtrauensantrag einbrachten, um durch sozialistischen einen eigenen Mißtrauensantrag zu entlasten. Ein Mandatverzicht von dem kommunistischen Trud zu entlasten. Die Staatsregierung teilt bereits mit, daß die Deutschnationalen, die Landvolks und Nays dem kommunistischen Mißtrauensantrag ihrer Zustimmung geben werden.

Schon gestern aber konnten wir mitteilen, daß die Nazis und die Kaufverträge sich weigerten, die Beratungen über die Kontratschträge im Rechtsausschuß auszusenden, wie es durch die kommunistische Fraktion gefordert wird. Es ist dies ein Zeichen, daß die Herrschenden unter allen Umständen bestrebt sind, die Regierung zu halten. Eine Bundtagswahl kommt der Bourgeoisie und den nationalsozialistischen Demagogen gerade jetzt sehr ungelogen, da sie den Kurs der Reichspolitik in Sachsen mit aller Entschiedenheit durchgeführt haben, da sie seit der letzten Bundtagswahl sich als nichts anderes wie Knechte der Truttsbourgeoisie entlarven. In allen Kämpfen der Arbeiter ist die bürgerliche Regierung auf das aggressivste gegen das Proletariat vorgegangen. Noch heute hat das Demonstrationserbot der bürgerlichen Regierung für Chemnitz Gültigkeit, obgleich die Arbeiter diesen Verbot längst durchbrochen haben. Auch dieses Verbot wurde verhängt, um den Kampf der Textilarbeiter vom Barimannsdorf gegen den Recenio-Betrieb abwürgen zu helfen. Die bürgerliche Polizei richtete zum Schutz des englischen Unternehmens ein Blutbad unter den Hartmannsdorfer Arbeitern